

Mittelfristig sollen zehn Prozent der Landesfläche unter *höherwertigen Schutz* gestellt werden. Das kündigte Umweltminister Erwin Vetter Anfang Juni bei der Vorstellung eines *Gesamtkonzeptes Naturschutz und Landschaftspflege* an.

Das hört sich gut an. Doch dahinter verbirgt sich eine nebulöse Zielvorstellung. Keineswegs ist geplant, wie vereinzelt gemeldet wurde, zehn Prozent der Landesfläche unter Naturschutz zu stellen. Hier liegt die Zielmarke bei drei Prozent; derzeit stehen 1,1 Prozent der Landesfläche unter Naturschutz. Und wie will man dann auf zehn Prozent *höherwertigen Schutz* kommen?

Zunächst einmal sollen die Naturschutzgebiete stärker miteinander verbunden, vernetzt werden, etwa durch Grünstreifen entlang der Feldwege oder durch Hecken. Zusätzlich sollen entlang der Gewässer fünf bis zehn Meter breite Grünstreifen unter Schutz gestellt werden, in denen nicht gedüngt und gespritzt werden darf. Aber der entscheidende Punkt ist folgender: noch in dieser Legislaturperiode sollen alle über 41 000 Biotop – von der Feuchtwiese über das Hochmoor bis zum Trockenrasen –, die im Rahmen der Biotopkartierung erfaßt wurden, auf einen Schlag per Gesetz geschützt werden. Fünf bis sechs Prozent der Landesfläche sollen auf diese Weise unter *höherwertigen Schutz* gestellt werden. Doch was das konkret bedeutet, ist noch offen. Sicher ist nur, daß diese Biotop nicht so gut gegen menschliche Eingriffe geschützt werden sollen wie Naturschutzgebiete, in denen eine Veränderungssperre besteht. Und zu befürchten ist, daß diese Flächen leichterhand geopfert werden, wenn

Das Titelbild zeigt ein charakteristisches Bild aus dem Pfrunger Ried unweit von Wilhelmsdorf in Oberschwaben, in dem mehr als hundert Hektar dem Schwäbischen Heimatbund gehören. Durch den Abbau von Torf sind Torfstiche entstanden, die sich mit Wasser gefüllt haben und langsam wieder verlanden. Die Schlammflächen zeigen das nahe Ende des Stillgewässers bereits an. Näheres finden Sie auf den Seiten 195 ff.

Ansonsten bietet dieses Heft mit seinen zwölf Artikeln fast alle Aspekte recht verstandener Beschäftigung mit der Heimat: museale Pflege, Eisenbahngeschichte, Denkmalerhaltung am Beispiel eines Gartens, Kunstgeschichte und Fremde bei uns, dargestellt am Schicksal von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen.

eine Firma mit neuen Bauplätzen winkt oder eine Kommune neue Freizeitanlagen oder Wohngebiete ausweisen möchte.

Wie schnell hehre Zielvorstellungen hierzulande zu Makulatur werden können, zeigt das Beispiel der Möbelfabrik Bohnacker, die in den Donauwiesen bei Unlingen, Kreis Biberach, neue Fertigungshallen bauen will. Dort sollte eigentlich ein Naturschutzgebiet ausgewiesen werden, aber Ministerpräsident Lothar Späth persönlich segnete das Bauprojekt gegen den erklärten Widerstand seines Umweltministers ab. Und nichts spricht dafür, daß sich Erwin Vetter bei künftigen Konflikten dieser Art wird besser durchsetzen können.

Hinzu kommt, daß den Umweltminister selber neuerdings auch ziemlich dubiose Zielvorstellungen zum kommunalen Umweltschutz umtreiben. Landauf landab verkündet er, daß die Umweltschutz-Kompetenzen für die Gemeinden erweitert werden sollen. So möchte Vetter etwa die Kommunen ermächtigen, in eigener Verantwortung geschützte Grünflächen auszuweisen. Alle Orte sollten eine umfassende Landschaftsanalyse als Grundlage für weitere Planungen anfertigen. Ferner erwägt der frühere Ettlinger Oberbürgermeister, *auf der kommunalen Ebene mehr ökologischen Sachverstand zur Verfügung zu stellen*. Daraufhin will er auch die Aufgabenverteilung und die Gliederung der Naturschutzbehörden untersuchen lassen. Was dabei im einzelnen rauskommen wird, das bleibt abzuwarten. Aber die Tendenz, den Kommunen im Umweltschutz mehr Rechte einzuräumen, führt in die Irre. Denn in den letzten Jahren kommt immer mehr Widerstand von eben diesen Kommunen, wenn die Bezirksstellen für Naturschutz zusammen mit den Landratsämtern neue Landschaftsschutz- und Naturschutzgebiete ausweisen wollen. Wenn man den Bremsern jetzt auch noch zusätzliche Rechte einräumt, dann wird künftig noch weniger laufen als bisher. Dann wird man es höchstens auf dem Papier erreichen, daß ein Zehntel der Landesfläche unter *höherwertigen Schutz* gestellt wird, aber de facto werden diese Biotop nicht vor weiteren Erschließungsmaßnahmen geschützt sein. So bewertet denn auch die SPD-Landtagsfraktion das neue *Gesamtkonzept Naturschutz und Landschaftspflege* als *populistische Ankündigungspolitik*, und der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Michael Sieber, forderte seinen Parteifreund Vetter auf, das Konzept durch einen Zeitplan zu ergänzen.